

Antworten der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt zu den Wahlprüfsteinen der Hochschule Harz – Hochschule für angewandte Wissenschaften zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

Ihre Einleitung: Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt bilden ca. 55.000 Studierende aus, darunter ca. 17 Prozent aus dem Ausland, und geben dem Land durch die Bereitstellung von Fachkräften sowie die Forschung und den Transfer wesentliche Impulse. Im vergangenen Jahr 2025 wurden zwischen den Hochschulen, den Standorten der Universitätsmedizin und dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt Zielvereinbarungen für die Jahre 2025-2029 geschlossen. Damit wurden die Rahmenbedingungen für die Entwicklungen der Hochschulen vereinbart. Vor diesem Hintergrund stellt die Landesrektorenkonferenz des Landes Sachsen-Anhalt den im Landtag vertretenen Parteien sowie allen Parteien, deren Umfragewerte über 5 Prozent liegen Fragen zur Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems. Deren Beantwortung durch die Parteien gibt den Studierenden, den Beschäftigten, den Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und Institutionen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes Orientierung für die Landtagswahl 2026:

1. Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre

Frage: Welchen Stellenwert hat die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre für Ihre Partei im Kontext von Demokratie und Rechtsstaat? Wie wollen Sie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sichern?

Antwort: Die in Grundgesetz und Landesverfassung verankerten Freiheiten bilden für die AfD die Grundlage und den Maßstab ihrer Politik und stehen aus ihrer Sicht nicht im Widerspruch zu kultur- und wissenschaftspolitischen Zielsetzungen. Aus der historischen Bedeutung Sachsens-Anhalts leiten wir die Verpflichtung ab, dieses Nationalerbe zu bewahren, zu pflegen und zugleich seine Weiterentwicklung zu ermöglichen. Eine zentrale Aufgabe ist es daher, die Bedeutung von Kultur auf Mensch und Gemeinschaft stärker ins Bewusstsein zu rücken und positiv zu gestalten. Die AfD bekennt sich zur Kunstfreiheit und staatlicher Förderung von Kunst und Kultur, wendet sich jedoch gegen die zunehmende Politisierung des Kulturbetriebs, insbesondere bei der Verwendung öffentlicher Mittel für politisch einseitige Projekte. Eine kulturpolitische Neuausrichtung wird eine Förderkultur etablieren, die dann fördert, wenn die Begünstigten der deutschen Kultur positiv gegenüberstehen. Im Bereich von Wissenschaft und Forschung heben wir die Freiheit von Lehre und Forschung als grundlegende Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens hervor. Diese

Freiheit sehen wir zunehmend durch ideologische Einflüsse wie „Cancel Culture“ und politische Korrektheit gefährdet. Beide haben sich gerade in bestimmten akademischen Kreisen zu restriktiven Ideologien entwickelt, die enge Grenzen für den wissenschaftlichen Diskurs setzten und die Freiheit der Meinungsäußerung einschränken.

2. Hochschulautonomie

Frage: Wie weit sollte nach Einschätzung Ihrer Partei die Hochschulautonomie gehen bzw. in welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht eine andersartige Lenkung des Hochschulbereichs durch die Landesregierung sinnvoll? Welche Rolle sollten die Statusgruppen bei der zukünftigen Gestaltung der Hochschulen haben?

Antwort: Hochschulen sollen insbesondere in wissenschaftlichen Fragen weitgehende Autonomie genießen, zugleich jedoch durch den Gesetzgeber ihre grundlegenden Rahmenbedingungen erhalten. Sie sollen sich auf Forschung und Lehre konzentrieren und nicht durch politische oder gesellschaftliche Vorgaben belastet werden. Voraussetzung ist eine verlässliche Grundfinanzierung. Der steigende Anteil von Drittmitteln bewerten wir kritisch, da er oft an politische Bedingungen geknüpft ist und die Autonomie einschränkt. Eine ausreichende Grundfinanzierung und die Loslösung von Drittmitteln, wird die Unabhängigkeit der Wissenschaft sichern. Zudem sollen Bürokratie abgebaut und Hochschulen befähigt werden, frei über ihr Studienangebot zu entscheiden, orientiert an wissenschaftlichen Maßstäben statt Ideologie. In der Hochschulorganisation soll die Professorenschaft aufgrund von Erfahrung und fachlicher Expertise mehr Gewicht erhalten. Das Konzept der „Gruppenuniversität“ lehnen wir ab. Es fördert Bürokratie und begünstigt wissenschaftsferne Entscheidungen. Wir werden deshalb eine Universitätsreform durchsetzen, die diese Fehlentwicklungen korrigierend beseitigt und insbesondere den Einfluss der Studentenräte verringert.

3. Bürokratieabbau

Frage: In welchen Bereichen des Zusammenwirkens von Hochschulen und der Landesregierung/der Landesverwaltung/der Landesgesetzgebung ist ein Bürokratieabbau denkbar? Wäre in diesem Zusammenhang z. B. ein Verzicht auf Stellenpläne /Stellenübersichten sinnvoll?

Antwort: Die EU-weite Angleichung der Studiengänge hat zu mehr Verschulung, Überregulierung und Bürokratie geführt. Eine Rückabwicklung des Bologna-Prozesses ist anzustreben. Hochschulen sollen mehr Eigenverantwortung erhalten, besonders bei Personal- und Organisationsfragen, verbunden mit besseren

Arbeitsbedingungen, weniger Befristungen und dem Abbau von Quotenregelungen. Der Staat soll sich auf Finanzierung, rechtliche Rahmen und Mittelkontrolle beschränken, ohne in interne Abläufe einzugreifen. Bürokratie soll durch weniger Berichtspflichten, Abstimmungen und Genehmigungen abgebaut werden.

4. Unterstützung von Studierenden/Studentenwerken

Frage: Wie steht Ihre Partei zu Forderungen einer echten BAFÖG-Reform entsprechend den Vorschlägen der HRK? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verringerung des Armutsrisikos bei Studierenden im Allgemeinen und zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende im Besonderen? Welche Planungen haben Sie bezüglich der Unterstützung der Studentenwerke, z. B. mit Blick auf den Ausbau von Wohnheimkapazitäten, Beratungs- und Unterstützungsinstrumente sowie Kita-Plätze für Studierende?

Antwort: Viele Studenten müssen trotz guter Leistungen nebenbei arbeiten; hier hat das Bafög-System versagt. Wir werden deshalb ergänzend eine Landesförderung aufbauen, die elternunabhängig leistungsorientierte Stipendien für Studium und Promotion vergeben wird. Außerdem streben wir auf Bundesebene eine Bafög-Reform an, die eine auskömmliche Studienfinanzierung sicherstellt. Zur Verringerung des Armutsrisikos sollen zudem bessere Arbeits- und Wohnbedingungen sowie ein stärker auf Regelstudienzeiten ausgerichtetes Studium beitragen. Mehr studentischer Wohnraum soll durch vereinfachte Bauvorschriften, Förderung von Wohnungsbau und den Ausbau staatlicher Wohnheime geschaffen werden.

5. Demografischer Wandel/Fachkräftesicherung

Frage: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur Internationalisierung der Hochschulen? Wie steht Ihre Partei zur Gewinnung internationaler Studierender und internationaler Mitarbeitender mit Blick auf voraussichtlich größer werdende Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den daraus resultierenden Fachkräftemangel? Wie steht Ihre Partei zu Studiengebühren, insbesondere mit Blick auf Studierende z. B. aus Nicht-EU-Ländern? Welche Konzepte hat Ihre Partei, um das Land Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeitsort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Absolventinnen und Absolventen nach dem Abschluss von Studium oder Promotion attraktiv(er) zu machen? Wie steht Ihre Partei in diesem Zusammenhang zur Unterstützung, Förderung und zum Ausbau des Landesstudienkollegs?

Antwort: Deutschland leidet unter einem massiven Bevölkerungsrückgang. Mittel- und langfristig kann dieses Problem allein nur durch eine neue Willkommenskultur

für Kinder überwunden werden. Einwanderung hingegen ist nicht nur ein untaugliches Mittel gegen das Aussterben der einheimischen Bevölkerung, sie bringt auch viele weitere Probleme mit sich. Die Berufsorientierung soll deutlich stärker als bisher verbindlich, strukturiert und praxisnah ausgestaltet werden. Insbesondere durch einen gestärkten MINT-Bereich sowie Stipendien und Austauschprogramme soll der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert und gestärkt werden. Die steigende Zahl ausländischer Studenten sehen wir kritisch, da ihr Verbleib im Arbeitsmarkt unklar ist. Daher werden wir kostendeckende Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten einführen, um die Hochschulen zu entlasten. Zur Steigerung der Attraktivität des Standorts erachten wir die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Forschung und Entwicklung, die Beendigung prekärer Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft für geboten. Innovationen sollen schneller in die Praxis überführt werden, insbesondere durch Ausgründungen. Dafür sind Bürokratieabbau, schnellere Verfahren und eine stärkere Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft notwendig.

6. Wissenschaftliche Karrierewege

Frage: Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei hinsichtlich der Erhöhung der Attraktivität und der Durchlässigkeit wissenschaftlicher Karrierewege, und wie wollen Sie die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Schritte unterstützen?

Antwort: Die Bezahlung vieler Hochschulstellen ist zu niedrig. Gerade in der Qualifikationsphase leben Wissenschaftler teilweise auf Sozialhilfeniveau. Dies führt dazu, dass qualifizierte Kräfte die Hochschulen verlassen und ein Kreislauf sinkender Leistungsniveaus entsteht. Hier werden wir durch höhere fachliche Anforderungen bei zugleich besserer Bezahlung entgegenwirken, um leistungsstarke Wissenschaftler zu halten. Zudem sollen befristete Beschäftigungsverhältnisse reduziert werden, um mehr Planungssicherheit und bessere Bedingungen für die Forschung zu schaffen.

7. Grundlagenforschung/Exzellenzwettbewerb

Frage: Welche Bedeutung hat aus der Sicht Ihrer Partei eine ausschließlich dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt gewidmete Grundlagenforschung? Auf welche Weise sollte diese gefördert werden? Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei bezüglich der Unterstützung der Universitäten in den Exzellenzwettbewerben?

Antwort: Die Grundlagenforschung erachten wir als unverzichtbaren Bestandteil einer leistungsfähigen Wissenschaftslandschaft, die für wissenschaftlichen Fortschritt und wissenschaftliche Erkenntnis sowie Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar ist. Ihre Förderung soll am Erkenntnisinteresse ausgerichtet und frei von politischen Vorgaben sein, gestützt durch eine verlässliche Grundfinanzierung statt Drittmittelabhängigkeit. Exzellenzwettbewerbe sehen wir als geeignet an, Spitzenforschung zu fördern und Standorte zu stärken.

8. Angewandte Forschung, Transfer und Existenzgründung

Frage: Auf welche Weise sollen zukünftig angewandte Forschung an den Hochschulen und Existenzgründung aus den Hochschulen heraus gefördert werden? Auf welche Weise sollen die Hochschulen bei Aufgaben des Transfers unterstützt werden?

Antwort: Die Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft soll praxisnäher werden, um Erkenntnisse schneller in marktfähige Produkte zu überführen, da vorhandene Potenziale bislang nicht ausgeschöpft werden. Besonders wichtig sind Ausgründungen als Motor für Innovation und Beschäftigung. Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen statt mehr Bürokratie, insbesondere schnellere Verfahren, weniger Regulierung und eine stärkere Vernetzung von Hochschulen, Mittelstand und regionaler Wirtschaft.

9. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit

Frage: Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der Einhaltung von europäischen und bundesweiten Standards bzgl. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, auch mit Blick auf erfolgreiche Drittmittelwerbungen? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Hochschulen bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft zu unterstützen?

Antwort: Die AfD bekennt sich zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Die aktuell an den Universitäten gepflegte Gleichstellungspolitik privilegiert Frauen und benachteiligt Männer, wodurch die Leistung an Bedeutung verliert und das wissenschaftliche Niveau sinkt. Stattdessen soll allein die fachliche Qualifikation über Stipendien und Stellen entscheiden. Frauenförderprogramme und Quoten sollen abgeschafft, das Ziel der Gleichstellung durch Gleichberechtigung ersetzt und die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten gestrichen werden.

10. IT-Sicherheit, Krisen- und Notfallmanagement

Frage: Welche Unterstützung soll es zukünftig für zusätzliche Herausforderungen wie z. B. im Zusammenhang mit IT-Sicherheit oder der Vorbereitung auf Krisen und Notfälle geben?

Antwort: IT-Sicherheit sowie Krisen- und Notfallmanagement dürfen nicht zur bürokratischen Last werden, sondern bedürfen handfester Unterstützung! Wir stärken die Eigenverantwortung der Hochschulen durch eine verlässliche finanzielle Grundfinanzierung statt unübersichtlicher Sonderprogramme. Da Fachhochschulen wie die Hochschule Harz eng mit dem regionalen Mittelstand vernetzt sind, müssen IT-Sicherheitskonzepte praxisnah und schlank sein. Wir schaffen zentrale Vorgaben und das lähmende Gremienunwesen ab. Nur so erhalten die Hochschulen die Freiheit, Cyber-Risiken schnell, effizient und eigenverantwortlich vor Ort abzuwehren!

11. Bau- und Sanierungsbedarfe

Frage: Welche Konzepte hat Ihre Partei im Hinblick auf Bau- und Sanierungsbedarfe (auch vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, CO₂-Vermeidung und Inklusion/Barrierefreiheit)?

Antwort: Funktionale Lehr- und Forschungsräume haben Vorrang vor teurer Symbolpolitik! Um den Sanierungsstau an unseren Hochschulen schnell zu beheben, setzen wir auf wirtschaftliche, langlebige Bauweisen und die Instandsetzung im Bestand. Wir erteilen überzogenen, planwirtschaftlichen CO₂-Auflagen, die Bauvorhaben künstlich verteuern und verzögern, eine klare Absage. Bauen muss pragmatisch sein, damit Geld in moderne Labore statt in teure Dämmung fließt. Barrierefreiheit wird dabei als vernünftiger, praxisnaher Standard garantiert – für optimale und bezahlbare Studienbedingungen vor Ort!

12. Lehrkräftebildung/Medizinausbildung/Gesundheitsberufe

Frage: Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Lehrkräftebildung? Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Medizinausbildung und der Ausbildung von Gesundheitsberufen?

Antwort: Zur Gewinnung neuer Lehrkräfte sehen wir mehr Studienplätze in Mangel-fächern, die Erleichterung des Seiteneinstiegs bei gleichzeitiger Sicherung von Qualitätsstandards sowie bessere Arbeitsbedingungen – etwa durch die Entlastung von fachfremden Aufgaben und administrativen Tätigkeiten – für nötig an. In der Medizinausbildung streben wir den Ausbau der Studienkapazitäten sowie eine stärkere

Bindung der Ausbildung an die Gesundheitsversorgung des Landes Sachsen-Anhalt an; etwa durch Landarztstipendien mit Verpflichtung.

Auch Gesundheitsberufe sollen praxisnäher, besser vergütet und bürokratisch entlastet werden, mit Fokus auf einheimische Fachkräfte. Zudem streben wir eine Rückkehr zur getrennten Pflegeausbildung an, um spezifische Fachkenntnisse für unterschiedliche Pflegebereiche zu sichern.

13. Hochschulsystem

Frage: Gibt es für die Zeit nach Ablauf der Zielvereinbarungsperiode 2025-2029 Überlegungen Ihrer Partei zur Weiterentwicklung der Hochschulstruktur? Planen Sie eine Novellierung des Hochschulgesetzes? Falls ja, welche maßgeblichen Änderungen planen Sie? Planen Sie weitere Änderungen im Hochschulsystem, die durch die Fragen nicht abgedeckt sind?

Antwort: Die Hochschulstruktur soll weiterentwickelt und das Hochschulgesetz reformiert werden, um Leistungsfähigkeit, Wissenschaftsfreiheit und Praxisnähe zu stärken. „Gleichstellung“ soll durch Gleichberechtigung ersetzt und die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten abgeschafft werden, damit Hochschulen sich auf Forschung, Lehre und Transfer konzentrieren. Zudem soll Deutsch als Wissenschaftssprache gestärkt werden. Das NC-System sehen wir als reformbedürftig an; Hochschulen sollen grundsätzlich Aufnahmeprüfungen durchführen können. Die Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen soll erhalten bleiben. Außerdem wird die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft zugunsten einer auf Hochschulbelange beschränkten Vertretung angestrebt.